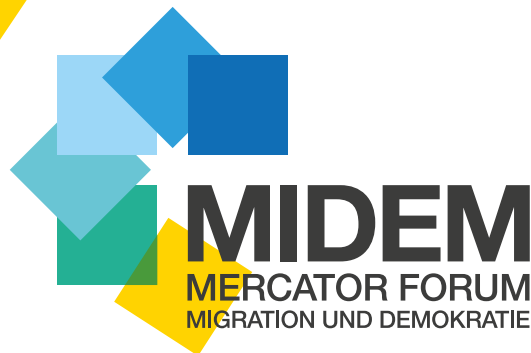


MIGRATION ALS WAHLKAMPFTHEMA: PARTEI-POSITIONEN UND SCHNITTMENGEN IM ÜBERBLICK

VON OLIVIERO ANGELI

2025-1
MIDEM-Policy Brief



1. EINLEITUNG

Aufgrund des vorzeitigen Koalitionsbruchs ist der Bundestagswahlkampf 2025 ungewöhnlich kurz. Trotz der verkürzten Kampagnenzeit entwickelte sich Migration – neben wirtschaftlichen Fragen – erneut zu einem der zentralen Wahlkampfthemen (WZB 2025). Die Debatte spitzte sich insbesondere nach den tödlichen Anschlägen in Magdeburg, Aschaffenburg und München zu, die eine breite gesellschaftliche Diskussion über eine mögliche Verschärfung der deutschen Migrationspolitik auslösten. Zusätzliche Dynamik erhielt die Auseinandersetzung; als die CDU mehrere Anträge im Bundestag einbrachte, teilweise mit Unterstützung der AfD, die erstmals an parlamentarischen Mehrheiten beteiligt war¹. Diese inhaltliche Überschneidung zwischen der christdemokratischen Union und der radikalen Rechten wirft die Frage auf, ob sich die migrationspolitischen Positionen der Parteien im Wahlkampf neu sortiert haben. Ist die Union migrationspolitisch näher an die AfD gerückt? Sind frühere Differenzen geblieben oder haben sie sich verstärkt? Und wie polarisiert ist das Positionsspektrum in den Bereichen Asyl und Migration?

Dieser Policy Brief gibt einen Überblick über die migrationspolitischen Positionen der deutschen Parteien anhand ihrer Wahlprogramme im Bundestagswahlkampf

2025. Wahlprogramme sind nur ein Ausschnitt des asyl- und migrationspolitischen Diskurses, der auch durch andere Dokumente und öffentliche Äußerungen geprägt wird. Als offizielle programmatische Festlegungen haben sie jedoch eine hohe politische Verbindlichkeit und spielen eine zentrale Rolle bei der späteren Umsetzung von Maßnahmen.

Ziel dieses Policy Briefs ist es, die asyl- und migrationspolitischen Positionen der Parteien zu vergleichen und Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede herauszuarbeiten. Dabei werden zentrale Kategorien der Migrationspolitik untersucht, darunter Asylrecht, Grenzpolitik, Arbeitsmigration und Familienzusammenführung.

2. VERGLEICH DER MIGRATIONS POLITISCHEN VORSCHLÄGE

Dieser Abschnitt vergleicht die migrationspolitischen Vorschläge der im Bundestag vertretenen Parteien entlang zentraler Kategorien. Dabei wird herausgearbeitet, in welchen Bereichen es Übereinstimmungen gibt und wo sich deutliche Unterschiede zeigen. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Positionen der Parteien in den zentralen Kategorien.

¹ Am 29. Januar 2025 wurde seitens der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein Entschließungsantrag eingereicht, dessen Ziel eine Verschärfung der Asylpolitik ist. Der Antrag fordert unter anderem: die Einführung permanenter Grenzkontrollen zu sämtlichen Nachbarstaaten, die Zurückweisung von Personen ohne gültige Einreisedokumente, unabhängig von einem geäußerten Schutzgesuch, sowie die konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Personen, insbesondere von Straftätern und Gefährdern (CDU/CSU-Fraktion 2025). Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 348 Ja-Stimmen, 344 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen angenommen. Für den Antrag stimmten Abgeordnete der CDU/CSU, FDP und AfD. Die Annahme des Antrags mit Unterstützung der AfD führte zu teilweise heftigen Diskussionen über die Zusammenarbeit der etablierten Parteien mit der AfD im Bundestag und das vermeintliche Einreißen der Brandmauer gegen radikal rechte Parteien. Vgl. Bundestag 2025: Abstimmungsergebnisse (letzter Zugriff: 18.02.2025).

Tab. 1: Parteipositionen zu zentralen migrationspolitischen Themen im Bundestagswahlkampf 2025

Partei	Asylrecht	Familienzusammenführung	Rückführung	Grenzen	Arbeitsmigration
CDU/CSU	Abschaffung des subsidiären Schutzstatus auf EU-Ebene, Asylverfahren in Drittstaaten	Aussetzung für subsidiär Schutzberechtigte	Einrichtung von Bundesausreisezentren, Abschiebungen auch nach Afghanistan und Syrien, unbefristeter Ausweisungsarrest für Straftäter und Gefährder	Strikte Kontrolle der EU-Außengrenzen, nationale Grenzkontrollen werden verlängert, Investitionen in Grenzschutztechnik	Beschleunigung der Anerkennungsverfahren, Einführung einer „Work-and-Stay-Agentur“
SPD	Beibehaltung des subsidiären Schutzes, Ablehnung der Externalisierung, Zugang zu fairen Verfahren in der EU	Beibehaltung des Familiennachzugs	Vorrang für freiwillige Rückkehr, konsequente Abschiebungen bei Straftätern	Ablehnung dauerhafter Grenzkontrollen, Ausnahme nur in besonderen Fällen	Modernisierung der Verfahren, faire Arbeitsbedingungen für Zugewanderte
Bündnis 90/ Die Grünen	Ablehnung der Auslagerung von Asylverfahren, menschenrechtskonformes GEAS	Betonung des Rechts auf Familiennachzug	Vorrang für freiwillige Rückkehr, Abschiebung von Straftätern nach Verbüßung der Strafe	Ablehnung von Binnengrenzkontrollen, menschenrechtsorientiertes Grenzmanagement	Förderung regulierter Migration, Visaabkommen mit Herkunftsländern, menschenrechtliche Standards
FDP	Humanitäre Visa, Modellhafte Erprobung der Externalisierung unter rechtsstaatlichen Bedingungen	Aussetzung für subsidiär Schutzberechtigte	Zentralisierung der Zuständigkeiten auf Bundesebene, effizientere Verfahren	Stärkung von Frontex, „modellhafte Erprobung“ von Zurückweisungen	Digitalisierung und Vereinfachung der Verfahren, punkt-basiertes System
AfD	Asylverfahren ausschließlich im Ausland, Reform der GFK	Strikte Ablehnung	„Remigration“, massive Ausweitung von Abschiebungen, Sanktionen für Herkunftsländer bei Rücknahmeverweigerung	Vollständige Kontrolle nationaler Grenzen, Rückweisung aller illegalen Einreisen, Gewahrsamszentren an Grenzen	Strikte Begrenzung auf wirtschaftlichen Bedarf, kein „Spurwechsel“ für Asylbewerber
BSW	Externalisierung „nach Möglichkeit“, Ablehnung des UN-Migrationspakts	Keine Positionierung	Kritik an ineffizienter Abschiebepaxis, aber keine konkreten Vorschläge	Thematisiert Grenzkontrollen nicht direkt, aber fordert effektive Migrationskontrolle	Fokus auf inländische Ausbildung, skeptisch gegenüber Arbeitsmigration aus Drittstaaten
Die Linke	Ausbau des individuellen Asylrechts, Ablehnung aller Asylrechtsverschärfungen	Uneingeschränktes Recht auf Familiennachzug	Abschiebestopp, keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete	Auflösung von Frontex, Ablehnung von Grenzkontrollen	Keine Fokussierung auf wirtschaftlichen Nutzen, Visaliberalisierung

Quelle: Wahlprogramme 2025 der Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD, BSW und Die Linke / eigene Darstellung.

Die Vorschläge der Parteien zum Asylrecht im Bundestagswahlkampf 2025 zeigen eine deutliche politisch-ideologische Bandbreite, die von offenen und humani-

tären Ansätzen bis hin zu stark restriktiven Forderungen reicht.

Externalisierung von Asylverfahren

Beim Thema Externalisierung von Asylverfahren gehen die Positionen der deutschen Parteien besonders weit auseinander. Am restriktiven Ende des Spektrums steht wenig überraschend die AfD, die fordert, dass Asylanträge ausschließlich außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden. Damit soll der direkte Zugang zu Asylverfahren in Deutschland vollständig ausgeschlossen werden. Im Vergleich zu früheren Wahlprogrammen, in denen sich die Partei explizit auf das „australische Modell“ oder das „Ruanda-Modell“ berief, bleibt die Position im aktuellen Programm jedoch vage und verzichtet auf konkrete Umsetzungsmaßnahmen (Angeli/Mendes/Schäller 2024).

Die CDU/CSU verfolgt ebenfalls das Ziel, Asylverfahren in sichere Drittstaaten auszulagern, betont jedoch zugleich die Möglichkeit humanitärer Zugangswege. So sollen „im Rahmen einer Kontingentlösung“ auch weiterhin schutzbedürftige Menschen Schutz in Deutschland erhalten, auch wenn der Schwerpunkt auf Verfahren und Schutz außerhalb Europas liegt (CDU/CSU 2025: 42). Die Union argumentiert, dass dieses Modell irreguläre Migration und insbesondere gefährliche Fluchtrouten unattraktiv machen soll (ebd.). Ein solidarischer Verteilmechanismus innerhalb der EU ist nicht vorgesehen, da Schutzsuchende nach positivem Bescheid direkt in den Drittstaaten verbleiben und nicht nach Europa weiterreisen sollen.

Die FDP und das BSW unterstützen die Grundidee der Externalisierung, nennen aber Bedingungen. Die FDP betont, dass Asylverfahren in Drittstaaten nur dann durchgeführt werden dürfen, wenn dort rechtsstaatliche Standards sowie Sicherheitsgarantien gewährleistet sind (FDP 2025: 27). Zudem sollen externe Verfahren lediglich eine Ergänzung und keine Alternative zu bestehenden Asylmöglichkeiten innerhalb Europas darstellen. Das BSW bleibt insgesamt vage und fordert die Externalisierung „nach Möglichkeit“ (BSW 2025: 34). Statt konkreter Vorschläge beschränkt sich die Partei auf eine allgemeine Problembeschreibung und kritisiert das gegenwärtige europäische Asylnetzwerk als dysfunktional, da es Schleuser begünstigt und gefährliche Fluchtrouten fördert. Ähnlich wie die AfD (AfD 2025: 90) spricht sich das BSW für die Aufkündigung des Migrationspakts aus, da dieser Deutschland angeblich zur „Förderung internationaler Migrationsbewegungen“ (BSW 2025: 34) verpflichtet.

SPD, Grüne und Die Linke hingegen sehen die Praxis der Externalisierung kritisch. Die SPD formuliert ihre Ablehnung knapp: „Die Externalisierung von Asylverfahren lehnen wir ab. Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in der EU erhalten.“ (SPD 2025: 56). Allerdings bleibt unklar, ob sich diese Ablehnung ausschließlich auf Asylverfahren in Drittstaaten bezieht oder ob die SPD auch EU-organisierte Zentren an den Außengrenzen mit rechtsstaatlicher Antragsprüfung sowie die von der EU-Kommission geplanten „Return

Hubs“ zur schnelleren Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern ablehnt. Die Grünen kritisieren die Praxis der Externalisierung als ineffizient, kostspielig und rechtlich fragwürdig. Sie argumentieren, dass Externalisierungsmaßnahmen häufig vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen ablenken. Die Linke erwähnt die Verlagerung von Asylverfahren in Drittstaaten zwar nicht explizit, betont jedoch, dass der „individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden“ müsse (Die Linke 2025: 51). Schnellverfahren und Inhaftierungen von Schutzsuchenden – sei es in Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder „Hotspots“ – lehnt sie kategorisch ab. SPD, Grüne und Linke eint die Forderung, den Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren innerhalb Europas zu gewährleisten.

Subsidiärer Schutz und Familiennachzug

In der politischen Debatte um den subsidiären Schutz und den damit verbundenen Familiennachzug lassen sich zwei Lager ausmachen: Zum einen die Parteien, die eine Einschränkung oder gar Abschaffung des Schutzstatus fordern, zum anderen diejenigen, die die bestehenden Regelungen verteidigen und sich gegen weitere Verschärfungen aussprechen. Letztere argumentieren häufig mit der Bedeutung der Familie für die Integration von Schutzberechtigten.

Eine besonders restriktive Position nimmt die CDU/CSU ein, die auf europäischer Ebene die vollständige Abschaffung des subsidiären Schutzes anstrebt. Nach Ansicht der Union steht dieser Schutzstatus im Widerspruch zum „ursprünglichen Geist der Genfer Flüchtlingskonvention“ (CDU/CSU 2025: 41). Auf nationaler Ebene fordert sie zwar keine vollständige Abschaffung, setzt sich jedoch für eine Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte ein.

Noch weiter geht die AfD, die sowohl den subsidiären Schutz als auch den Familiennachzug vollständig abschaffen möchte. Entsprechend ihrer Externalisierungsstrategie sollen Schutzverfahren ausschließlich außerhalb Deutschlands stattfinden, sodass subsidiär Schutzberechtigte gar nicht erst nach Deutschland gelangen.

Eine restriktive, aber differenziertere Linie verfolgt die FDP. Sie fordert weder die Abschaffung des subsidiären Schutzes noch des Familiennachzugs, spricht sich aber für eine Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten aus. Stattdessen setzt sie auf effizientere und klarere Verfahren, um Migration besser steuern zu können. Das BSW erwähnt in seinem Wahlprogramm weder den subsidiären Schutz noch den Familiennachzug, steht dem bestehenden europäischen Asylnetzwerk aber generell kritisch gegenüber.

SPD, Grüne und Linke vertreten eine gegenteilige Position und sprechen sich klar gegen Einschränkungen aus. Die SPD betont, dass der subsidiäre Schutz eine zentrale

Rolle bei der Integration von Schutzbedürftigen spielen. Insbesondere der Familiennachzug sei unerlässlich, um Betroffenen Stabilität und eine langfristige Perspektive zu bieten. Die Grünen betrachten den Familiennachzug als eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration und lehnen Einschränkungen daher ausdrücklich ab. Die Linke erwähnt den Familiennachzug in ihrem Wahlprogramm zwar nicht explizit, positioniert sich jedoch eindeutig gegen jede Verschärfung des Asylrechts.

Rückführungen

Die AfD verwendet in ihrem Wahlprogramm explizit den aus der Identitären Bewegung stammenden Begriff der „Remigration“, versucht ihn jedoch zu entschärfen, indem sie betont, dass darunter ausschließlich Maßnahmen zu verstehen seien, „die bereits heute der geltenden Rechtslage entsprechen oder sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen lassen“ (AfD 2025: 106). Dennoch fordert sie eine umfassende Rückführungsoffensive, die sie als zentralen Bestandteil ihrer Migrationspolitik betrachtet. Besonders ausführlich widmet sich die Partei Bleiberechtsregelungen wie der Duldung, die ihrer Ansicht nach „Rückführungsmaßnahmen [...] unterlaufen“ (ebd.). Sie fordert deren Abschaffung und eine Ersetzung durch eine „Bescheinigung über die Ausreisepflicht“ (ebd.: 107). Darüber hinaus plädiert die AfD für eine massive Ausweitung von Haft- und Gewahrsamsplätzen, um Abschiebungen schneller durchzusetzen. Herkunftsländer, die sich weigern, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen, sollen mit drastischen Sanktionen belegt werden – darunter Wirtschaftssanktionen und die Kürzung von Entwicklungshilfe (ebd.: 95).

Die CDU/CSU verfolgt ebenfalls eine verschärfte Rückführungspolitik, setzt dabei jedoch stärker auf europäische und internationale Kooperation. Besonders hervorgehoben werden Rücknahmeabkommen mit Hauptherkunftsländern sowie die Einbindung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Die Union fordert zudem schärfere Regeln auf EU-Ebene. Im Wahlprogramm wird explizit darauf verwiesen, dass Rückführungen in Länder wie Afghanistan (wo sie bislang nur einmalig stattfanden) oder Syrien (wo sie gar nicht durchgeführt wurden) forciert werden sollen (Mediendienst Integration 2024), insbesondere bei Straftätern und Gefährdern. Auf nationaler Ebene plant die CDU/CSU eine stärkere Zentralisierung der Rückführungspolitik. Der Bund soll die Länder weiterhin bei der Beschaffung von Reisepapieren und der Umsetzung von Rückführungen unterstützen und diese Unterstützung weiter ausbauen. Zusätzlich sollen zentrale Asylverfahren für beschleunigte Entscheidungen sowie Bundesausreisezentren eingerichtet werden, um Rückführungen zu erleichtern. Die Union fordert zudem, der Bundespolizei erweiterte Kompetenzen zu übertragen, damit ausreisepflichtige Personen in Haft oder Ausreisegewahrsam genommen werden können (CDU/CSU 2025: 41). Geplant ist, dass Straftäter und Gefährder

nach Haftstrafen in zeitlich unbegrenzten Ausreisearrest überführt werden, bis sie freiwillig ausreisen oder zwangsweise abgeschoben werden.

Deutlich kürzer fallen die Äußerungen zum Thema Rückführungen in den Wahlprogrammen der anderen Parteien aus. Eine Ausnahme bildet das BSW, dessen Programm verhältnismäßig ausführlich über das vermeintliche Versagen der Abschiebep Praxis berichtet – ohne jedoch konkrete Vorschläge zu formulieren. Ähnlich wie das BSW vertritt die FDP die Auffassung, dass Personen ohne Bleiberecht Deutschland unverzüglich verlassen müssen. Allerdings knüpft sie diese Forderung an den Vorschlag, die Zuständigkeiten für Abschiebungen auf die Bundesebene zu zentralisieren (und formuliert dies noch expliziter als die CDU/CSU).

Die SPD äußert sich ebenfalls nur vage zum Thema Rückführungen. Sie betont, dass „freiwillige Ausreisen“ bevorzugt werden sollten, „da sie humaner sind“ (SPD 2025: 48). Wird eine freiwillige Ausreise verweigert, setzt die SPD auf „rasche und konsequente Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern“ (ebd.). Für die Grünen ist das Thema Abschiebungen heikel, da ein Teil ihrer Wählerschaft dem sehr kritisch gegenübersteht. Zwar räumen sie ein, dass nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, bleiben kann. Was daraus folgt, bleibt jedoch unkonkret. Ähnlich wie die SPD betonen die Grünen, dass freiwillige Rückkehr Vorrang habe. Sie ergänzen: „Ausreisepflichtige, die schweren Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafen prioritär zurückgeführt werden“ (Bündnis 90 / Die Grünen 2025: 55). Die Linke hingegen äußert sich zu diesem Punkt deutlich kritischer: „Straftäter*innen müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein reguläres Strafverfahren im Inland erhalten und gegebenenfalls Haftstrafen im Inland verbüßen“ (Die Linke 2025: 49f.). Zudem erneuert die Partei ihr Veto gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete: „Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab.“ (ebd. 49f.).

Grenzen

Ein erklärtes Ziel der AfD ist die Renationalisierung der Grenzkontrollen, einschließlich der Binnengrenzen. Zwar sollen die „Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU [...] davon unberührt“ (AfD 2025: 100) bleiben, gleichzeitig fordert die AfD jedoch eine vollständige Kontrolle der deutschen Grenzen und will die Verantwortung für Zuwanderung und Asylverfahren vollständig zurück in die nationale Hand holen. Sie kritisiert das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) als gescheitert und strebt ein „Opt-Out“ nach dem Vorbild Dänemarks an, um sich aus der gemeinsamen Asylpolitik der EU zurückzuziehen (ebd.: 102). Grenzkontrollen sollen flächendeckend durch die Bundespolizei durchgeführt werden, die illegale Einreisen konsequent unterbinden und illegal eingereist Personen direkt an der Grenze zurückweisen soll. Zusätzlich sollen Gewahrsamszentren an den Grenzen ein-

gerichtet werden, um aufenthaltsbeendende Maßnahmen sicherzustellen.

Auch bei der CDU/CSU finden sich mit Blick auf die Grenzkontrollen Renationalisierungstendenzen, allerdings gepaart mit einer stärkeren Betonung der europäischen Zusammenarbeit. Die Union sieht in einer gestärkten europäischen Grenzschutzagentur Frontex weiterhin einen zentralen Akteur bei der Sicherung der EU-Außengrenzen und der Durchführung von Rückführungen. Gleichzeitig betont die CDU/CSU die Bedeutung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten zur Eindämmung illegaler Migration sowie den Abschluss von Rücknahmeabkommen mit den Hauptherkunftsländern (CDU/CSU 2025: 41). Die Renationalisierung zeigt sich in dem Vorschlag, die Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen so lange wie nötig zu verlängern. Insbesondere sollen Personen, die aus einem anderen EU- oder Schengen-Staat kommen und in Deutschland einen Asylantrag stellen wollen, direkt zurückgewiesen werden. Dies kommt nach Auffassung der Union einem „faktischen Aufnahmestopp“ (ebd. 40) gleich. Bei der Grenzsicherung setzt die Union auf Investitionen in modernste Technik, darunter Drohnen, Nachtsicht- und Wärmebildkameras.

Mit „Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen“ könnte sich laut Wahlprogramm auch die FDP anfreunden. Dort ist von einer „modellhaften Erprobung“ (FDP 2025: 27) die Rede. Zugleich möchten die Liberalen die Rolle von Frontex beim Schutz der Außengrenzen sowie bei der Bekämpfung irregulärer Migration und Schleuserkriminalität stärken. Das BSW betitelt zwar einen Abschnitt seines Wahlprogramms mit „Sichere Grenzen. Unkontrollierte Migration stoppen“ (BSW 2025: 32), thematisiert darin jedoch Grenzkontrollen nicht.

Die amtierende SPD-Innenministerin Nancy Faeser führte zwar Grenzkontrollen an bestimmten Abschnitten der deutschen Grenze ein (BMI 2025), in ihrem Wahlprogramm äußert sich die Partei jedoch zurückhaltend über den generellen Einsatz solcher Maßnahmen. Die „befristete Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen muss [...] die absolute Ausnahme bleiben“ (SPD 2025: 48), heißt es dort. Denn „Grenzsicherungen und Pauschalzurückweisungen an den Binnengrenzen widersprechen dem Geist eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ (ebd.). Ähnlich argumentieren die Grünen, die das „Recht auf Freizügigkeit und den Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen“ als „größte Errungenschaften in Europa“ bezeichnen (Bündnis 90 / Die Grünen 2025: 56). Dauerhafte stationäre Binnengrenzkontrollen werden daher abgelehnt. Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind für die Grünen zwar nachvollziehbar („Für Freiheit und Sicherheit in Europa müssen wir aber wissen, wer nach Europa kommt“; Bündnis 90 / Die Grünen 2025: 56), dennoch setzen sie auf ein menschenrechtsorientiertes Grenzmanagement. Sie betonen die Notwendigkeit eines effektiven Menschen-

rechtsmonitorings und eines konsequenten Vorgehens gegen illegale Zurückweisungen. Besonderes Augenmerk wird auf die Bedürfnisse schutzbedürftiger Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen und Menschen mit Behinderungen gelegt, deren Schutz im Asylverfahren sichergestellt werden soll. Die Grünen stellen zudem klar: „Das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall“ (ebd.).

Noch weiter geht Die Linke, die die Auflösung der „EU-Abschottungsagentur Frontex“ (Die Linke 2025: 21) und deren Ersetzung durch ein „zivilisiertes europäisches Seenotrettungsprogramm“ (ebd.: 51) fordert. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der EU-Außengrenzen sollen in den Dienst der Seenotrettung gestellt werden. Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen bezeichnet sie als unzulässig. Besonders wichtig ist der Linken die Anerkennung der Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung sowie von trans*, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTIQA*) als legitimer Fluchtgrund (ebd.).

Arbeitsmigration

Legale Migration und insbesondere Arbeitsmigration gehören nicht zu den vorrangigen Migrationsthemen der AfD. Vielmehr legt die Partei großen Wert darauf, klar zu trennen, was keine Arbeitsmigration ist: Sie lehnt eine Vermischung von qualifizierter Zuwanderung und humanitärem Schutz kategorisch ab und ist strikt gegen einen „Spurwechsel“, bei dem Schutzsuchende nach einem Asylverfahren über Arbeitsmigration in Deutschland bleiben können. Die AfD unterscheidet klar zwischen europäischer und außereuropäischer Arbeitsmigration, wobei letztere als Ausnahme unter strengen Bedingungen deutlich kritischer gesehen wird. Bevor außereuropäische Fachkräfte zuwandern dürfen, sollen laut AfD zunächst alle inländischen Potenziale ausgeschöpft werden (AfD 2025: 111 ff.). Dazu zählen die Qualifizierung bereits in Deutschland ansässiger Erwerbspersonen, Programme zur Rückgewinnung abgewanderter Fachkräfte sowie der verstärkte Einsatz technologischer Lösungen wie Künstliche Intelligenz, Robotik und Digitalisierung zur Bekämpfung des Fachkräftemangels (ebd.: 113). Sollte darüber hinaus Bedarf an Arbeitskräften bestehen, plädiert die AfD für eine bedarfsgerechte Auswahl außereuropäischer Fachkräfte nach strengen Kriterien. Dazu schlägt die Partei ein Punktesystem vor, das Berufserfahrung, bestehende Arbeitsverhältnisse, ausreichende Sprachkenntnisse und andere Qualifikationen berücksichtigt. Generell gilt für die AfD: Arbeitsmigration soll sich strikt am wirtschaftlichen Bedarf Deutschlands orientieren.

Auch aus Sicht der CDU/CSU soll die Arbeitsmigration stärker an den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands ausgerichtet werden. Im Vergleich zur AfD verfolgt die Union jedoch eine deutlich offenere Linie. Zwar kritisiert

auch sie die Vermischung von Flucht- und Arbeitsmigration (CDU/CSU 2025: 42), betrachtet die gezielte Anwerbung ausländischer Fachkräfte aber als zentrales Instrument zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels (ebd.: 13). Ähnlich wie andere Parteien fordert sie eine vereinfachte und beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die Einrichtung einer digitalen Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“; ebd.:1) sowie die Digitalisierung der Prozesse von der Anwerbung bis zur Vergabe von Aufenthaltstiteln.

Die FDP legt ihren Fokus auf die Modernisierung der Verfahren und die Digitalisierung von Prozessen, um die Fachkräftezuwanderung effizienter zu gestalten. Sie unterstützt niedrigschwellige Zugänge für qualifizierte Arbeitskräfte, beispielsweise durch ein Punktesystem, das Qualifikation, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung berücksichtigt. Ziel ist es, Deutschland im internationalen Wettbewerb um Talente attraktiver zu machen (FDP 2025: 26).

Näher an der AfD steht in der Frage der Arbeitsmigration das BSW, das die Anwerbung ausländischer Fachkräfte zwar nicht gänzlich ablehnt, aber als nachrangig betrachtet. Als wichtiger erachtet es das BSW, junge Menschen in Deutschland besser zu qualifizieren und auszubilden, um ihnen echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Der Fachkräftemangel wird als hausgemachtes Problem angesehen, das durch akuten Lehrermangel, Unterrichtsausfall und unzureichende Lehrpläne verschärft wird (BSW 2025: 23f.). Das BSW verweist auch auf die negativen wirtschaftlichen Folgen der Abwanderung von Fachkräften aus den Herkunftsländern.

Auch die Grünen gehen dieses Problem an, allerdings unter Einbeziehung der Herkunftsländer: Durch Visaabkommen und Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte sollen geregelte Migrationswege geschaffen werden. Im Gegenzug verpflichten sich Partnerländer, Staatsangehörige zurückzunehmen, die in Deutschland kein Aufenthaltsrecht haben. Die Grünen rühmen sich für die Schaffung eines Einwanderungssystem „auf der Höhe der Zeit“ (Bündnis 90 / Die Grünen 2025: 25) und verweisen auf das Fachkräfteeinwanderungsgesetz sowie Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete als bedeutende Errungenschaften. Wie die meisten anderen Parteien möchten sie die Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen erleichtern und die Anrechnung von Berufserfahrung weiter entbürokratisieren. Auch ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht soll zur Fachkräftegewinnung beitragen.

SPD und Grüne setzen sich für eine nachhaltige Fachkräftegewinnung ein, die nicht nur die Modernisierung von Verwaltungsprozessen umfasst, sondern auch den Aufbau von Partnerschaften mit Herkunftsländern. Die SPD betont, dass Fachkräftezuwanderung mit fairen

Arbeitsbedingungen einhergehen muss und unterstützt Projekte zur beruflichen Weiterbildung von Arbeitsmigranten. Die Grünen legen besonderen Wert darauf, dass bei der Arbeitsmigration menschenrechtliche Standards eingehalten werden. Sie fordern die Entbürokratisierung von Antragsverfahren sowie die Förderung von Einwanderung in klimarelevante und soziale Berufe.

Die Linke geht auf das Thema Arbeitsmigration kaum ein. Dies ist vermutlich kein Zufall, da die Partei ein Einwanderungsrecht fordert, das sich ausdrücklich nicht am Maßstab der ökonomischen Verwertbarkeit orientieren soll. Sie lehnt eine Privilegierung der Fachkräftemigration ab und setzt stattdessen auf eine umfassende Visaliberalisierung. Dennoch fordert Die Linke eine schnellere Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen, auch für Nicht-EU-Staatsangehörige.

3. ZUSAMMENFASSUNG

Die migrationspolitischen Positionen der Parteien im Bundestagswahlkampf 2025 sind stark polarisiert. Am restriktivsten positioniert sich die AfD, deren Forderungen letztlich auf die Abschaffung des Asylrechts hinauslaufen. Die Partei setzt auf eine vollständige Renationalisierung der Migrationspolitik und will Asylverfahren ausschließlich in Drittstaaten durchführen lassen. Zudem fordert sie eine umfassende Rückführungsoffensive, die massive Abschiebungen und Sanktionen gegen Herkunftsländer vorsieht, die ihre Staatsangehörigen nicht zurücknehmen.

Auch die CDU/CSU verfolgt eine restriktive Linie, grenzt sich jedoch durch ihre europäische Orientierung von der AfD ab. Besonders hervorgehoben werden die Verlagerung von Asylverfahren in Drittstaaten sowie die Abschaffung des subsidiären Schutzes auf EU-Ebene. Auf nationaler Ebene fordert die Union verstärkte Grenzkontrollen, Zurückweisungen an den deutschen Grenzen und die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte. Abschiebungen sollen durch Bundesausreisezentren und unbefristeten Ausreisegewahrsam für Straftäter und Gefährder konsequenter durchgesetzt werden. Während die CDU/CSU weiterhin europäische Lösungen betont und auf Kooperationen mit Nachbarländern verweist, bleibt unklar, wie diese konkret ausgestaltet werden sollen.

FDP und BSW vertreten pragmatische, aber ebenfalls restriktive Positionen. Die FDP stimmt in mehreren Punkten mit der CDU/CSU überein, betont jedoch stärker die Notwendigkeit effizienter Verfahren. Sie befürwortet die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte und zeigt sich offen für eine „modellhafte Erprobung“ (FDP 2025: 27) von Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen. Das BSW kritisiert vor allem die Fehlsteuerung des bestehenden

Asylsystems, bleibt aber in seinen Vorschlägen weitgehend unkonkret.

SPD und Grüne verfolgen eher eine defensive Strategie, indem sie vor allem versuchen, das bestehende Asylrecht gegen Verschärfungen zu verteidigen. Sie treten für die Beibehaltung des subsidiären Schutzes ein und setzen sich für eine menschenrechtskonforme Gestaltung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ein. Die Grünen legen dabei noch stärker als die SPD den Fokus auf humanitäre Aspekte. Sie lehnen externe Asylverfahren und Zurückweisungen an den Grenzen strikt ab und setzen stattdessen auf Kooperationen mit Transitstaaten, um sichere Migrationswege zu ermöglichen – bleiben jedoch vage, wie dies umgesetzt werden soll. Den Familiennachzug sehen sie als integralen Bestandteil der Asylpolitik. Abschiebungen werden nicht explizit ausgeschlossen, sondern nur zurückhaltend thematisiert.

Die Linke nimmt die expansivste Position ein und fordert die uneingeschränkte Wahrung des individuellen Zugangs zu Asylverfahren sowie einen vollständigen Abschiebestopp. Sie setzt sich für offene Grenzen, uneingeschränkte Familienzusammenführung und umfassende Visaliberalisierung ein und lehnt alle Formen der Migrationskontrolle konsequent ab.

Auffällig ist, dass insbesondere Parteien ohne Regierungserfahrung auf Bundesebene – wie die AfD, das BSW und teilweise Die Linke – radikalere Positionen vertreten und ihre Forderungen tendenziell vager formulieren als Parteien mit Regierungserfahrung.

4. KOOPERATIONSPOTENZIALE UND KONFLIKTLINIEN IN DER MIGRATIONSPOLITIK

Angesichts der aktuellen Umfragen kommt der CDU/CSU bei der Gestaltung der künftigen Migrationspolitik eine besondere Rolle zu, da sie voraussichtlich an der nächsten Bundesregierung beteiligt sein wird und aller Voraussicht nach sogar als führende Kraft mit dem Kanzleramt. Ihre migrationspolitischen Positionen und die Schnittmengen mit anderen Parteien sind daher besonders relevant für die zukünftige Ausrichtung der Asyl- und Migrationspolitik.

Politische und ideologische Überschneidungen zeigen sich vor allem innerhalb des bürgerlichen Lagers. CDU/CSU und FDP teilen eine restriktive Grundhaltung zur Migrationssteuerung und stimmen in zentralen Punkten überein – etwa in der Forderung nach verstärktem Grenzschutz, effizienteren Rückführungen und der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutz-

berechtigte². Auch das BSW kann große Teile der migrationspolitischen Vorschläge der Union mittragen, da es ebenfalls eine stärkere Kontrolle der Migration sowie eine Reform des bestehenden Asylsystems fordert. Während die CDU/CSU auf eine vollständige Asylbearbeitung in Drittstaaten drängt, unterstützt das BSW (wie die FDP) eher eine selektive Externalisierung unter bestimmten Bedingungen. Auch in der Zusammenarbeit mit der EU in migrationspolitischen Fragen unterscheidet sich das BSW von der CDU/CSU: Während die Union weiterhin auf Frontex und bilaterale Abkommen mit EU-Partnern setzt, kritisiert das BSW das bestehende europäische Asylsystem und fordert eine stärkere nationale Steuerung der Migration, bleibt dabei aber vager als die AfD und ohne expliziten Bruch mit der EU-Asylpolitik.

AfD und CDU/CSU teilen die migrationskritische Ausrichtung ihrer Programme und fordern in vielen Bereichen ähnliche Maßnahmen. Beide Parteien sprechen sich für eine Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte und eine verstärkte Rückführung ausreisepflichtiger Personen aus. Allerdings sind die Vorschläge der AfD in der Regel deutlich radikaler und weniger differenziert als die der CDU/CSU. Während die Union auf eine Kombination aus nationalen Maßnahmen und europäischer Kooperation über Frontex und Rückführungsabkommen setzt, fordert die AfD eine vollständige Renationalisierung der Migrationspolitik und den Ausstieg aus der europäischen Asylpolitik. Dieser Unterschied markiert eine klare Abgrenzung zwischen der AfD und der CDU/CSU, die trotz restriktiver Forderungen an der europäischen Zusammenarbeit festhält.

Die Schnittmengen zwischen CDU/CSU und den eher integrationsorientierten Parteien SPD und Grüne sind deutlich geringer, aber nicht völlig ausgeschlossen. In Bereichen, die von SPD und Grünen nicht explizit abgelehnt werden, wäre eine Einigung denkbar – etwa bei der stärkeren Digitalisierung von Migrations- und Integrationsverfahren oder der gezielten Steuerung der Fachkräftezuwanderung. Die größten Differenzen bestehen in zentralen Fragen der Asylpolitik. Während eine vollständige Auslagerung der Asylverfahren für SPD und Grüne ausgeschlossen ist, wäre eine teilweise Auslagerung, wie sie bereits im Wahlprogramm 2021 der CDU/CSU angedeutet wurde, unter bestimmten Bedingungen denkbar, etwa bei rechtsstaatlichen Garantien oder einer engen europäischen Koordinierung. Auch in der Rückführungspolitik gibt es Unterschiede, allerdings nicht in allen Punkten. Während CDU/CSU und FDP für eine stärkere Zentralisierung dieser Prozesse plädieren, äußern sich SPD und Grüne hierzu nicht konkret. Eine Zusammenarbeit wäre bei der Rückführung von Straftätern möglich, da beide Parteien betonen, dass insbesondere Straftäter nach Verbüßung

² Die Schnittmengen zwischen CDU/CSU und FDP in der Asylpolitik wurden bereits am Beispiel des Entschließungsantrags vom Februar 2025 deutlich, der von einer Mehrheit der FDP-Abgeordneten mitgetragen wurden (CDU/CSU-Fraktion 2025). Der Antrag enthielt mehrere Forderungen – darunter die Einführung von dauerhaften Grenzkontrollen und die ausnahmslose Zurückweisung von Personen ohne gültige Einreisedokumente –, die über die im FDP-Wahlprogramm festgelegten Positionen hinausgehen.

ihrer Strafe vorrangig abgeschoben werden sollten. Mit der Linken gibt es hingegen kaum Überschneidungen. Sie steht mit ihrer Forderung nach einer weitgehenden Aufhebung von Abschiebungen, der vollständigen

Beibehaltung individueller Asylrechte und offenen Grenzen am entgegengesetzten Ende des migrationspolitischen Spektrums.

Tab. 2: Migrationspolitische Schnittmengen und Konfliktlinien der CDU/CSU mit anderen Parteien

Partei	Nähe zur CDU/CSU	Wichtige Schnittmengen	Konfliktpunkte
FDP	●●●○○ (relativ große Nähe)	Verstärkter Grenzschutz, Zentralisierung der Rückführungen, Begrenzung des Familiennachzugs	FDP betont rechtsstaatliche Garantien, vorsichtiger bei Abschiebungen und offener für Fachkräftezuwanderung
BSW	●●○○○○ (moderate Nähe)	Grundsätzliche restriktive Ausrichtung bei Grenzschutz und Asylsystem	Kritische Haltung gegenüber der EU (anders als CDU/CSU), geringes Interesse an Fachkräftezuwanderung
AfD	●○○○○ (begrenzte Nähe, aber radikaler)	Ausweitung von Abschiebungen, Einschränkungen beim Asylrecht und Familiennachzug, verstärkte nationale Grenzkontrollen	AfD fordert vollständige Renationalisierung der Asylpolitik, Ausstieg aus der EU-Asylstruktur
SPD	○○●●● (begrenzte Überschneidungen)	Steuerung der Fachkräftezuwanderung, Digitalisierung von Migrationsverfahren, partielle Externalisierung, Rückführungen von Straftätern	Ablehnung einer generellen Externalisierung von Asylverfahren, Ablehnung weiterer Einschränkungen beim Familiennachzug
Bündnis 90/Grüne	○○○●● (wenige, aber nicht ausgeschlossene Schnittmengen)	Einigung bei Digitalisierung von Integrationsprozessen, begrenzte Zustimmung zu Fachkräftezuwanderung	Ablehnung einer generellen Externalisierung von Asylverfahren, Ablehnung weiterer Einschränkungen beim Familiennachzug
Die Linke	○○○○● (gegensätzliche Positionen)	Keine nennenswerten Schnittmengen	Fundamentale Gegensätze in nahezu allen Bereichen der Migrationspolitik

Anmerkung: Grüne Punkte veranschaulichen Schnittmengen der Parteien, gelbe Punkte zeigen Verhandlungsspielräume zwischen den Parteien und rote Punkte keinerlei Schnittmengen oder Verhandlungsspielräume.

Quelle: Wahlprogramme 2025 der Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD, BSW und Die Linke / eigene Darstellung.

BIBLIOGRAPHIE

AfD 2025: Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. Alternative für Deutschland, Berlin. Verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf (letzter Zugriff: 12.02.2025).

Angeli, Oliviero / Mendes, Mariana S. / Schäller, Steven 2024: Die Migrationspolitik der Rechtspopulisten: Eine vergleichende Analyse der Wahlprogramme. MIDEM-Policy Paper 2024-2, Dresden.

Bündnis 90/Die Grünen 2025: Zusammen wachsen – Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025. Verfügbar unter: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf (letzter Zugriff: 12.02.2025).

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) 2025: Binnengrenzkontrollen verlängert. Pressemitteilung, 12. Februar 2025. Verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/02/binnengrenzkontrollen.html> (letzter Zugriff: 18.02.2025).

Bundestag 2025: Abstimmungsergebnisse. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=940> (letzter Zugriff: 18.02.2025)

BSW 2025: Unser Land verdient mehr! Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025. Verfügbar unter: <https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Wahlprogramm%202025.pdf> (letzter Zugriff: 12.02.2025).

CDU/CSU 2025: Politikwechsel für Deutschland. Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 2025. Verfügbar unter: <https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf> (letzter Zugriff: 12.02.2025).

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 2025: Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zu aktuellen innenpolitischen Themen. Drucksache 20/14698, 29. Januar 2025.

DIE LINKE 2025: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025. Beschlossen auf dem Außerordentlichen Parteitag 2025. Verfügbar unter: https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Au%C3%9Ferordentlicher_Parteitag_25/Leitantrag_Wahlprogramm_BTW25.pdf (letzter Zugriff: 12.02.2025).

FDP 2025: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025. Verfügbar unter: https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf (letzter Zugriff: 12.02.2025).

Mediendienst Integration 2024: Afghanische Flüchtlinge. Verfügbar unter: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/afghanische-fluechtlinge.html> (letzter Zugriff: 18.02.2025).

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) 2025: „Es hätte ein Wirtschaftswahlkampf werden können...“. In: Werkstatt Wahlen 2025. Verfügbar unter: <https://www.wzb.eu/de/forschung/werkstatt-wahlen-2025/manifesto-analysen-vor-der-bundestagswahl/es-haette-ein-wirtschaftswahlkampf-werden-koennen> (letzter Zugriff: 18.02.2025).

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Autor:

Dr. Oliviero Angeli

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt
Barbara Zippelius

Gestaltung:

VOLLBLUT GmbH & Co. KG

© MIDEM 2025

MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.